



## **Positionspapier der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg zur Landtagswahl Brandenburg 2019**

### **Gute Ausbildung**

Wer junge Menschen im Land halten will muss ihnen Planungssicherheit und sichere Zukunftsperspektiven bieten. Aus unserer Sicht sind dazu flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ gute Ausbildungsplätze unerlässlich. Dies gilt insbesondere für die duale Berufsausbildung.

Brandenburg braucht eine angemessene Anzahl und Vielfalt an Ausbildungsplätzen und –berufen. Ziel muss es sein, alle interessierten jungen Menschen in eine betriebliche Ausbildung zu vermitteln. Dazu muss die Anzahl der betrieblichen Ausbildungsplätze deutlich gesteigert werden. Die Betriebe und öffentlichen Einrichtungen müssen ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung wesentlich stärker nachkommen als bisher, unterstützt durch eine Ausbildungsumlage.

Wir fordern daher die Umsetzung der im Brandenburger Ausbildungskonsens getroffenen Verabredungen mehr betriebliche Ausbildungsplätze zu erschließen. Als Richtlinie kann hier die Regelung 112,5 Ausbildungsstellen pro 100 Ausbildungsinteressierte, gemäß des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes von 1976 gelten. Dessen Definition eines auswahlfähigen Angebots wurde bereits 1980 vom Bundesverfassungsgericht bestätigt.

Darüber hinaus sind vor allem folgende Punkte wichtig für die zukunftsfähige Gestaltung der dualen Ausbildung: Verbesserung und Stärkung der personellen und technischen Ausstattung der Berufsschulen, Ausbau und Stärkung der Schüler\_innenvertretungen, Verbesserung der baulichen Zustände, der sanitären Einrichtungen und Räumlichkeiten sowie Erhaltung und Ausbau der Qualität der Mensen. Dazu gehört auch die bessere Zusammenarbeit und Einflussnahme durch Ausbildungsbetriebe und deren betriebliche Interessensvertretungen. Ferner fordern wir eine neutrale Anlaufstelle für Azubis, die sie bei Problemen in der Ausbildung unabhängig berät und unterstützt.

Im Rahmen der personellen Ausstattung von Berufsschulen plädieren wir für eine brandenburgische Berufsschullehrer\_innenausbildung. Nur so lässt sich sicherstellen, dass auch in zehn Jahren noch grundständig ausgebildete Lehrkräfte an unseren Oberstufenzentren arbeiten. Brandenburg ist das einzige Bundesland ohne Berufsschullehrer\_innenausbildung.

Zu guter Letzt entscheidet auch das Geld. Land, Sozialpartner und Kammern müssen sich gemeinsam dafür stark machen, dass tarifliche Ausbildungsvergütungen nicht unterschritten werden. Wir erwarten für alle nicht tariflich bezahlten Auszubildenden und dual Studierende, die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 80% der tariflichen Durchschnittsvergütung. Denn Ausbildungsvergütungen müssen ein Leben auskömmlich finanzieren.

### **Studium und Hochschule**

Die Gewerkschaftsjugend fordert von der zukünftigen Landesregierung, die Situation für Beschäftigte und Studierende an den Hochschulen zu verbessern. Demokratische Mitbestimmung und Partizipation muss auf allen Ebenen der Hochschulen gefördert und stärker verankert werden. Auch die Mitbestimmung von studentisch Beschäftigten muss gestärkt werden. Studentisch Beschäftigte sollten das passive und aktive Wahlrecht bei den Personalratswahlen erhalten. Die studentisch Beschäftigten fallen zwar seit der letzten Hochschulgesetznovelle in den Geltungsbereich des Personalvertretungsgesetzes, aber bei durchschnittlichen Beschäftigungszeiten von sechs Monaten bis zwei Jahren und einer Amtszeit von 4 Jahren im Personalrat, werden sie tatsächlich immer noch vom Amt ausgeschlossen. Das Personalvertretungsgesetz für Brandenburg sollte dementsprechend geändert werden und Ausnahme für studentisch Beschäftigte zulassen. Es muss der Grundsatz von Dauerstellen für Daueraufgaben an den Hochschulen gelten. Stellen, die aus dem Hochschulpakt finanziert werden, sollten dauerhafte Beschäftigungsstellen sein. Auch studentisch Beschäftigte brauchen langfristige Perspektiven. Hochschulen müssen angehalten werden, keine Kurzzeitverträge mehr auszustellen.

Wir fordern eine spürbare Verbesserung der Situation für studentisch Beschäftigte an den Hochschulen. Studentisch Beschäftigten sollte ermöglicht und unterstützt werden einen studentischen Tarifvertrag nach dem Modell des TV Stud III in Berlin zu erhalten oder in den TV-L übernommen werden. Eine Benachteiligung von Studierenden bei der Umwandlung von studentischen Stellen in TV-L Stellen muss ausgeschlossen sein.

Die Hochschulinfrastruktur muss mit den steigenden Studierendenzahlen mitwachsen. Das heißt, die Essensversorgung, der Bibliotheksbestand und die Lernräume müssen mit den steigenden Studierendenzahlen mithalten. Wir fordern die Landesregierung auf, den Hochschulen die entsprechenden Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Lernenden gerät zurzeit immer stärker in eine Schieflage und muss verbessert werden. Nur mit einem guten Betreuungsschlüssel zwischen Lehrenden und Lernende kann ein gutes Studium gewährleistet und der Wissenschaftsstandort Brandenburg gestärkt werden.

Duale Studiengänge sollten in Brandenburg stärker verankert werden. Dabei ist festzuschreiben, dass die Lernorte Hochschule und Betrieb systematisch sowohl inhaltlich als auch organisatorisch und vertraglich mit-einander verzahnt sein müssen. Für die Praxisphasen im Betrieb müssen die Schutzstandards des Berufsbildungsgesetzes zu vertraglichen Grundlagen, Rechten und Pflichten der Auszubildenden, angemessener Vergütung und betrieblichem Ausbildungsplan zu Geltung kommen. Es ist sicher zu stellen, dass auch Praxisphasen in jedem Fall mit dem Arbeitsaufwand entsprechenden ECTS-Punkten unterlegt sind.

## **Schule**

Die Bildung von jungen Menschen legt den Grundstein für ihren späteren Lebensweg. In der Schule entscheidet sich oft, ob nach dem Abschluss eine duale Ausbildung oder ein Studium möglich ist.

Eine attraktive Ausbildung in Brandenburg beginnt mit einer guten und fortwährenden Berufsorientierung. Diese können nur gut ausgestattete, klar strukturierte und dezentrale Jugendberufsagenturen gewährleisten. Eine funktionierende Vernetzung aller für die Berufsorientierung und Berufsausbildung relevanten Akteur\_innen ist unabdingbar.

Dazu ist es nötig, dass die Schulen nicht nur baulich ausfinanziert sind. In Brandenburg herrscht ein eklatanter Lehrer\_innenmangel, der sich in den nächsten Jahren durch den demografischen Wandel noch weiter verschärfen wird. Diesem ist nur durch eine gute Ausbildung von Lehrer\_innen innerhalb Brandenburgs, sowie attraktiven Konditionen an den Schulen, entgegenzuwirken. Seiteneinsteiger, die ohne Pädagogikstudium in den Schuldienst kommen, können dabei nur eine überbrückende Lösung sein. Es gilt Befristungen an den Schulen ab- und das Lehramtsstudium an Universitäten in Brandenburg auszubauen.

Zudem fordern wir die Aufnahme von gewerkschaftlichen Themen in das schulische Curriculum. Junge Menschen werden in ihrer Schulzeit nicht nur für den Arbeitsmarkt als leistungsfähige, willige Arbeitskräfte vorbereitet, sondern sollen auch zu selbstbestimmten Arbeitnehmer\_innen heranwachsen. Dafür ist es wichtig, dass ihnen sowohl die gewerkschaftliche Organisation von abhängig Beschäftigten erklärt wird, ebenso wie ihre grundlegenden Rechte zu Themen wie Arbeitsschutz, Arbeitszeit oder Vergütung. Nur so können gesellschaftliche Errungenschaften wie die betriebliche Mitbestimmung weiter getragen werden.

Der Digitalpakt für Schulen des Bundes muss zudem in Brandenburg dringend umgesetzt werden. Das soll aber nicht heißen, dass es reicht, wenn alle Klassenzimmer mit der neuesten Technik ausgestattet sind. Sowohl Lehrer\_innen als auch Schüler\_innen brauchen die nötige Medienkompetenz, um nicht nur mit der Hardware sondern gerade auch der Software umgehen zu können. Anders lassen sich notwendige Fähigkeiten für eine digitale Arbeitswelt nicht vermitteln und gleichzeitig kann nur so den Gefahren, die auch soziale Medien für junge Menschen bergen, vorgebeugt werden.

Und zu Letzt: Die neueste Hardware nutzt keiner Schule etwas, wenn sie abgeschnitten ist vom Netz. Ein ewiger Ladebalken bei jeder noch so kleinen Präsentation strapaziert nicht nur die Nerven von Schüler\_innen und Lehrer\_innen. Hier gilt es jahrelange Versäumnisse nachzuholen und das Mobilfunknetz in Brandenburg flächendeckend auszubauen.

## **Gute Arbeit**

Gute Arbeit für junge Beschäftigte, das bedeutet für die Gewerkschaftsjugend: gerechte Entlohnung, soziale Sicherheit, Mitbestimmungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen von denen man nicht krank wird.

Das beste Mittel für gute Arbeit sind starke Tarifverträge. Den Tiefststand von 45 Prozent tarifgebundener Beschäftigung im Land Brandenburg müssen wir schnellstens überwinden. Von der Landesregierung erwarten wir, dass sie die Sozialpartner dabei unterstützt, mehr Tarifbindung herzustellen.

Der Staat muss dabei selbst mit gutem Beispiel voran gehen: Öffentliche Aufträge dürfen künftig nur an Unternehmen gehen, die den für die Branche abgeschlossenen Tarif zahlen. Die Einhaltung dieser Leitlinie muss durch Vergabevorschriften klar geregelt und dann wirksam kontrolliert werden. Die Kommunen, öffentliche Betriebe und das Land müssen hierbei an einem Strang ziehen. Darüber hinaus ist es nicht tragbar, dass es immer noch einen Unterschied macht, ob man im Westen oder im Osten von Deutschland lebt und arbeitet: 30 Jahre nach dem Mauerfall muss das Ziel sein, die Lohnunterschiede zwischen Ost und West anzupassen.

Die rasanten und tiefgreifenden Veränderungen der Arbeit und der beruflichen Ausbildung, die durch die Digitalisierung entstehen, müssen gerecht gestaltet werden. Es gibt einen großen Wandel an Arbeitsanforderungen und auch – belastungen. Technische Entwicklungen, hybride Wertschöpfungsketten und neu entstandene Geschäftsmodelle verändern Geschäftsprozesse, betriebliche Strukturen und die Arbeit darin. Dies wird ohne starke Mitbestimmung in den Betrieben und Verwaltungen nicht gelingen, auch um möglicher Entgrenzung der Arbeitszeiten und die ständige Verfügbarkeit von Mitarbeiter\_innen zu vermeiden. Starke Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie Betriebs- und Personalräte sind deshalb dringend nötig – und auch das Land muss sie unterstützen.

Junge Beschäftigte sind überdurchschnittlich oft mit atypischen Arbeitsformen konfrontiert, auch in Brandenburg. Berufseinsteiger\_innen sind davon besonders betroffen. So waren in Brandenburg im vergangenen Jahr 17 Prozent der 20- bis 30-Jährigen befristet beschäftigt – Azubis nicht mitgerechnet. Das geht aus dem aktuellen Mikrozensus hervor. Darüber hinaus hat der DGB Index für gute Arbeit in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass es auch gerade junge Arbeitnehmer\_innen sind, die Mini-/Midi-Jobs haben oder einer Soloselbstständigkeit nachgehen. Auch sind sie überdurchschnittlich von Leiharbeit und Schicht- oder Wochenendarbeit betroffen. Insgesamt ist fast jeder vierte Mensch unter 30 Jahren atypisch beschäftigt.

Sorgen über ein zu geringes Einkommen oder um die spätere Rente, sowie um die Arbeitsplatzsicherheit gehören für viele junge Beschäftigte zur traurigen Realität. Wir als DGB Jugend Berlin- Brandenburg fordern ein Ende von Ketten- und sachgrundlosen Befristungen. Befristungen sind nicht nur schlecht in Bezug auf Planbarkeit. Sie können auch als Druckmittel von Arbeitgeber\_innen genutzt werden: Insbesondere bei Beteiligung an betrieblichen Auseinandersetzungen und/oder Streiks wird oftmals damit gedroht, dass das befristete Arbeitsverhältnis nicht in ein unbefristetes umgewandelt werden könne. Auch hier ist die Landesregierung gefragt, dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Leiharbeit eingeschränkt bzw. perspektivisch überwunden wird und geringfügige Beschäftigung voll sozialversicherungspflichtig ist. Allgemein fordern wir, dass Unternehmen endlich wieder mehr Verantwortung für ihre Belegschaft übernehmen: Dinge wie Outsourcing, forcierte Solo- sowie Scheinselbstständigkeit und Zersplitterung der Belegschaft, z.B. durch Befristungen oder Leiharbeit, müssen endlich der Vergangenheit angehören.

Arbeits- und Sozialrechte müssen insgesamt wirksamer kontrolliert und durchgesetzt werden. Dazu erwarten wir auch vom Land Brandenburg größere Anstrengungen bei der Bekämpfung von Lohndumping, informellen Arbeitsmärkten und Sozialversicherungsbetrug. Die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“, Arbeitsschutz und Sozialversicherungen müssen dabei besser zusammenwirken.

## **Sozial-ökologische Transformation**

Die Erfüllung des Zwei-Grad-Ziels bis 2050, das auf der Pariser Klimakonferenz beschlossen wurde, wird mit großen Anstrengungen verbunden sein. Um dieses Ziel durchzusetzen, muss in sehr kurzer Zeit sehr viel passieren.

Und auch in Brandenburg müssen hierfür die klimapolitischen Anforderungen im Kontext der angesiedelten industriellen Wertschöpfungskette, der technologischen Machbarkeit und beschäftigungspolitischen Folgewirkungen betrachtet werden. Was heißt das genau? Das heißt, dass innerhalb der gesamten Wertschöpfungskette eines Produktes der Produktionsablauf in Bezug auf seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß überprüft werden muss. Allgemein muss die Förderung von umweltfreundlichen Arbeits- und Produktionsabläufen Priorität haben.

Indikator dabei muss immer auch die technologische Machbarkeit sowie der Blick auf die Folgen für Beschäftigte sein. Die Rettung des Klimas ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf daher nicht allein auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden.

Als gewerkschaftliches Grundprinzip gilt das Schlagwort „Just Transition“. Dies meint, dass es nicht nur zu einem unbegleiteten Transformationsprozess des Marktes kommt, hierfür muss es Regularien geben. Außerdem muss der Staat bei Maßnahmen, die nötig aber für private Anbieter nicht gewinnversprechend sind, wie zum Beispiel dem Infrastrukturausbau, sich auch finanziell engagieren. Hier sehen wir vor allem die kluge Verwendung der Mittel für den Kohleausstieg als auch das Ende der schwarzen Null als dringend notwendig an. Die neue Brandenburger Landesregierung täte gut daran, die schwarze Null im Bund abzulehnen und die Schuldenbremse aus der brandenburgischen Landesverfassung wieder zu streichen. Ohne Investitionen ist eine sozial-ökologische Transformation des Landes nicht zu bewerkstelligen. Nicht ohne Grund lehnen inzwischen nicht nur wir und unsere Mitgliedsgewerkschaften sondern auch arbeitgebernahe Ökonomen die Schuldenbremse als Hindernis für notwendige Investitionen ab.

## **Mobilität und Infrastruktur**

Azubis haben häufig hohe Aufwendungen für Fahrkarten oder Benzin. Wir begrüßen die Einführung eines Azubi-Tickets für 365 Euro im Jahr in Brandenburg. Langfristig fordern wir ein kostenloses Ticket für Schüler\_innen und Azubis, unabhängig vom Alter. Und selbst das Azubi-Ticket reicht nicht immer aus: Betriebe und Berufsschulen müssen gut ans öffentliche Verkehrsnetz angebunden sein. Wo dies nicht der Fall ist, müssen neben dem Azubi-Ticket flexible Mobilitätsunterstützungen gewährt werden.

Das Netz der Oberstufenzentren darf nicht noch weiter ausgedünnt werden. Die derzeit vorhandenen Einrichtungen müssen erhalten bleiben. Wir wollen klare und transparente Vorgaben für die Schulträger, unter welchen Bedingungen landes- oder landkreisübergreifende Klassen entstehen. Die Entscheidung muss auch von vorhandenen Wohnheimplätzen abhängig gemacht werden. Dafür benötigt es eine Transparenz über die Anzahl von Wohnheimplätzen und deren Kosten, Zugangsvoraussetzungen und Vergabe, die bisher nicht gegeben ist.

Gleichzeitig gilt es Möglichkeiten für das studentische Wohnen auszuweiten. Die Wohnsituation von Studierenden in Brandenburg ist sehr unterschiedlich, zeigt aber gerade im Raum Potsdam ähnliche Missstände, wie in anderen Großstädten. Um die Situation für Studierende zu verbessern, muss sich die

Landesregierung den Bau von Studierendenwohnheimen in der Nähe ihrer Hochschulen stärker fördern. Wir fordern von der Landesregierung, soziale Wohnungsbaugesellschaften und die Studierendenwerke dazu anzuregen und zu fördern, schnellstmöglich neue Wohnheime und Wohnmöglichkeiten für Studierende zu schaffen.

Neben dem Ausbau des öffentlichen Nah- und Regionalverkehrs und des flächendeckenden 5G-Netzes fordern wir außerdem die zukünftige Landesregierung dazu auf, den ländlichen Raum nicht außeracht zu lassen. Infrastrukturförderung bedeutet auch, dass es überall möglich ist ortsnahe ärztliche Versorgung, eine Bank oder Post zu erreichen und den täglichen Bedarf zu decken. Zudem und gerade für junge Menschen besonders wichtig, steigert sich die Attraktivität eines Ortes auch dadurch, dass genügend Freiräume und Freizeitmöglichkeiten vorhanden sind. Ein Dorf ohne Gaststätte und ohne Anbindung an den nächsten Club, drängt junge Menschen zum Wegzug, zum Beispiel nach Berlin.

### **Strukturwandel Lausitz**

Die Lausitz, so wie wir sie heute kennen, wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten massiv verändern (müssen). Mit dem 2019 empfohlenen sogenannten Kohlekompromiss der Bundesdeutschen Kohlekommission wurde das Ende des Abbaus von Braunkohle in deutschen Revieren auf 2038 festgesetzt. Dieses Ende der Braunkohleförderung bedeutet für die Brandenburger Lausitz gleichzeitig das Ende von 8.000 direkt betroffenen Arbeitsplätzen sowie 20.000 indirekt betroffenen. Der alleinige Wegfall dieser meist gut bezahlten Arbeitsplätze würde also für eine Region, in der 1,3 Millionen Menschen leben, verheerende Einschnitte bedeuten.

Aus diesem Grund fordern wir die kommende Brandenburger Landesregierung auf, die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel zur Begleitung des Strukturwandels sinnvoll einzusetzen. Es muss wieder zu Industrieansiedlungen im Revier kommen, die Haltung des DB-Werk Fahrzeuginstandhaltung in Cottbus ist dazu ein guter Anfang. Als ein weiterer wichtiger Standortfaktor muss die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg angesehen werden. Hier wird bereits auf Spitzenniveau geforscht. Daher fordern wir auch eine Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt, die den Strukturwandel in der Lausitz näher begleiten kann. Zudem kann die vielseitige Landschaft der Lausitz, die durch den Kohleausstieg durch weitere Highlights bereichert wird, stärker touristisch erschlossen werden. Dazu fehlte es bisher aber an Investitionen in die dortige Infrastruktur, gerade was den öffentlichen Nahverkehr betrifft gibt es noch viel zu tun. In Brandenburg muss jeder Ort egal ob auf dem Land oder in der Stadt gut zu erreichen sein und in Verbindung mit anderen Teilen Deutschlands stehen.

Was grundsätzlich für alle Maßnahmen, die die kommende Brandenburger Landesregierung ergreift, zu gelten hat, ist die Klammer der „Guten Arbeit“. Wir fordern gut bezahlte neue Arbeitsstellen. Die Lausitz darf nicht zum Billiglohn-Gebiet werden!

### **Gleichberechtigung aller Jugendlichen in Brandenburg**

Wir fordern gute Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle jungen Menschen. Dazu gehört die Gewährung gleicher Zugangschancen und Rechte auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt sowie im Bildungsbereich unabhängig von der Herkunft, dem Geschlecht, der Sexualität etc. Alle

jungen Menschen haben das gleiche Recht auf Gesundheit und Bildung sowie auf Freizeit und Erholung.

Die DGB-Jugend sieht den gesamtgesellschaftlichen Auftrag, gegen menschenverachtende Einstellungen einzustehen und Diskriminierung zu bekämpfen. Als Gewerkschaftsjugend stehen wir für das Prinzip der Solidarität und fordern das gute Leben für alle Menschen. Menschen, die sich auf der Flucht befinden, brauchen im besonderen Maße unsere Solidarität und Unterstützung. Wir fordern ein uneingeschränktes Bleiberecht für Asylsuchende.

Wir stehen für eine solidarische Politik, die für die Gleichberechtigung aller Menschen kämpft.

### **Demokratiebildung stärken und Jugendverbandsarbeit fördern**

Neonazistische, rassistische, antisemitische und antifeministische Denkweisen und Bewegungen haben in Brandenburg starken Zulauf. Um diesen entgegenzutreten ist ein starkes regionales und überregionales gesellschaftliches Engagement notwendig. Wir fordern, dass Bündnisse und Initiativen, die sich gegen Rassismus und Gewalt engagieren dauerhaft finanziell und politisch unterstützt werden, um nachhaltig demokratiefördernd zu wirken. Gleichzeitig fordern wir die Stärkung und Ausweitung der politischen Bildungsarbeit und Demokratieförderung. Angesichts rechter Hetze und Spaltungsversuchen in der Gesellschaft ist die Arbeit von Jugendverbänden von höchster Relevanz. Sie ermöglicht jungen Menschen die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Mitbestimmung und wirkt so dem Entstehen von autoritären und reaktionären Tendenzen in der Gesellschaft entgegen. Wir fordern daher die Ressourcen und Mittel für Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung, für Personal und Jugendbildungsstätten zu erhöhen. Staatliche Akteur\_innen dürfen dabei die grundrechtlichen Freiheiten von freier Trägerschaft in der Jugendbildung nicht einschränken.